

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Präsidentin Regina van Dinther: Herzlichen Dank, Herr Wittke. – Für die SPD spricht nun Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Zielen wissen wir uns weitgehend mit der CDU einig: so viele Arbeitsplätze wie möglich in Bochum sichern. Bochum darf nicht einseitig benachteiligt werden. Aber wir gehen noch einen Schritt weiter, und diesen Satz – Herr Wittke, den haben Sie nicht gesagt – sage ich hier ausdrücklich: Wir wollen, dass es in Bochum keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Das ist der Lackmустest, meine Damen und Herren. Das ist entscheidend.

(Beifall von der SPD)

Wir waren von Anfang an ganz klar aufgestellt. Wir haben gesagt, wir würden für diese Entwicklung alles tun und keinerlei Optionen ausschließen. Wir brauchen keine ordnungspolitischen Grundsatzdebatten in diesen Zeiten, und wir brauchen vor allem auch kein unverantwortliches Gerede – lieber Kollege Wittke, das können Sie einmal mit Ihrem Wirtschaftsminister Guttenberg besprechen – über eine angeblich geordnete Insolvenz.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Die gibt es nicht. Denn das, was dann passieren würde, wäre eine Katastrophe, und das ist es jetzt schon für die Handels- und Vertragspartner; die sind bereits in Schwierigkeiten. Wir wollen gar nicht über die unkalkulierbaren Folgen für Handwerk und Mittelstand in der Region reden. Bringen Sie Ihren Wirtschaftsminister dazu, dieses unverantwortliche Gerede endlich einzustellen, meine Damen und Herren, und nicht dauernd solche unsäglichen Interviews zu geben!

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, es ist eine Menge Zeit verloren gegangen, weil der Bundeswirtschaftsminister diese Zeit nicht genutzt hat, um wichtige Details zu klären. Deshalb geht das heute alles kurz auf knapp. Deshalb wird das gestern und heute alles mit der heißen Nadel gestrickt.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Opel Bochum wird auch durch die Handlungsweise und die Äußerungen der FDP gefährdet. Sie haben offensichtlich, Herr Papke, keinerlei Vertrauen in die Verhandlungsführung Ihres Ministerpräsidenten – keinerlei Vertrauen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie bauen zusätzliche Hürden auf und belasten damit die ohnehin schwierige Suche nach einem Investor. Ich sage auch Ihnen: Dieses ist nicht die Zeit! In einer Krise, in der es darum geht, alle industriellen Arbeitsplätze zu erhalten, weil wir sie nach der Krise nicht zurückbekommen werden, ist nicht die Zeit für ideologischen Eifer und ordnungspolitische Grundsatzdebatten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe gelesen, Herr Papke, dass Sie sich gestern in dem Sinne geäußert haben, es dürfte kein Himmelfahrtskommando für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geben.

(Beifall von der FDP)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Ja, Herr Kollege Papke. Aber wenn Sie rechnen könnten, dann wüssten Sie, dass es für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und für den Staat erheblich günstiger ist, Arbeitsplätze zu erhalten statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Da sollten Sie einmal einen volkswirtschaftlichen Grundkurs besuchen. Das wäre vielleicht hilfreich.

(Beifall von der SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Den sollten Sie mal besuchen!)

– Ich habe Volkswirtschaft studiert im Gegensatz zu Ihnen. Sie sollten also einmal genauer darüber nachdenken, was das denn heißt.

(Zurufe von FDP und CDU)

Ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich: keine ordnungspolitischen Grundsatzdebatten! Für uns heißt der Grundsatz: Wir wollen Arbeit finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit.

(Beifall von der SPD)

Das gilt für Opel Bochum, meine Damen und Herren, das gilt für uns aber genauso für Karstadt. Was da passiert, ist nicht weniger wichtig.

(Christian Lindner [FDP]: Philipp Holzmann!)

– Kommen Sie mir doch nicht mit Philipp Holzmann! Sie müssen einmal genau nachlesen, was da passiert ist. Was wäre denn besser gewesen? – Dass die Leute sofort ihren Job verloren hätten?!

(Zurufe von CDU und FDP)

Wäre das denn besser gewesen, Herr Kollege Lindner? Wollen Sie den Karstadt-Leuten sagen: Wir lassen den Laden jetzt in die Insolvenz gehen!? Wollen Sie Opel Bochum sagen: Wir wollen Sie in dieser Situation in die Insolvenz gehen lassen!? – Das ist doch unverantwortliches Gerede, was Sie hier von sich geben, lieber Kollege Lindner.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Sie streuen den Leuten Sand in die Augen!)

– Wir streuen ihnen Sand in die Augen? Was wollen Sie denn? Was ist denn Ihre Lösung des Ganzen? Der Markt wird es schon richten! Ist das Ihre Lösung? Der Markt hat es bei der Finanzkrise auch schon gerichtet. Das konnten wir uns da betrachten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von der FDP)

Ich glaube, da wird es sehr deutlich.

(Beifall von der SPD – Weitere Zurufe von der FDP)

Nein, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren ist für uns der Grundsatz und bleibt unser Grundsatz. Und das gilt auch für den Einzelhandel. Hertie haben wir verloren, Woolworth haben wir verloren. Wenn Karstadt jetzt auch noch in die Insolvenz geht, dann bedroht das auch unsere Innenstädte. Die wichtige Funktion von Kaufhäusern für unsere Innenstädte müssen wir in den Blick nehmen. Dafür wird die SPD kämpfen, hier und auch in Berlin, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

***Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!***

Und eins sage ich ganz klar: Politik muss sich in der Krise bewähren. Das ist jetzt nicht die Zeit, lieber Kollege Lindner, lieber Kollege Papke, dass wir da irgendwelche Lehrbücher aus dem Regal ziehen und versuchen, Seite 280 aufzuschlagen, um nachzuschauen. Nein, darum geht es nicht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Es geht darum, jetzt in der Krise die Arbeitsplätze zu sichern. Jetzt in der Krise muss Politik sich bewähren. Da wäre es gut, wenn wir ein gemeinsames Signal aussenden könnten, denn wir werden am Ende daran gemessen, was wir gemeinsam für den Standort Nordrhein-Westfalen erreicht haben. Bei Ihren Debatten wird mir angst und bange, was aus diesem Standort Nordrhein-Westfalen werden wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

